

Der Staat wird immer reicher – und das Land immer ärmer

Warum Rekordeinnahmen, neue Schulden und staatlicher Aufgabenverzicht zusammengehören

VON DR. HANS-GEORG MAASSEN

Der deutsche Staat nimmt so viel Geld ein wie nie zuvor. Trotzdem fehlen Mittel für Brücken und Schulen, die Sozialversicherungen verlangen höhere Beiträge bei sinkenden Leistungen, und selbst historische Einnahmerekorde reichen nicht aus, um die Ausgaben zu decken. Dieser Widerspruch ist längst kein vorübergehendes Haushaltsproblem mehr. Er verweist auf eine grundlegende Verschiebung staatlicher Prioritäten. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur, warum der Staat immer mehr Geld braucht. Sie lautet: Wem dient der Staat noch – und wohin fließt das Geld seiner Bürger?

Der Staatshunger in Zahlen

Im Jahr 2000 nahm der deutsche Staat rund 467 Milliarden Euro an Steuern ein. 2025 waren es ungefähr 990 Milliarden Euro – mehr als doppelt so viel. Natürlich sind in diesem Zeitraum Wirtschaft, Löhne und Preise gewachsen. Doch auch gemessen an der Wirtschaftsleistung ist die Belastung hoch. Steuern und Sozialbeiträge erreichten 2025 zusammen 41,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Beim alleinstehenden Durchschnittsverdiener gingen nach Berechnung der OECD 49,3 Prozent der gesamten Arbeitskosten für Einkommensteuer und Sozialbeiträge

einschließlich der Arbeitgeberanteile drauf.

Der öffentliche Gesamthaushalt nahm 2025 rund 2,081 Billionen Euro ein. Das ist eine Summe, die noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar gewesen wäre. Trotzdem gab der Staat 2,208 Billionen Euro aus. Selbst Einnahmen von mehr als zwei Billionen Euro reichten nicht. Es fehlten weitere 127 Milliarden Euro.

Auch die Sozialkassen melden Rekorde. Ihre Beitragseinnahmen stiegen 2025 um neun Prozent auf 771,5 Milliarden Euro.



Die heute Erwerbstätigen zahlen hohe Steuern und Beiträge. Die Älteren erleben, dass ihre Ansprüche weniger wert sind als versprochen. Und die Jüngeren erben die Schulden.

Der durchschnittliche Zusatzbeitrag der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich seit 2022 auf 2,9 Prozent mehr als verdoppelt. Der Bürger zahlt also nicht nur über die klassischen Steuern. Der Staat und die von ihm geordneten Sicherungssysteme greifen über Steuern, Sozialabgaben, Gebühren, Zuzahlungen, Leistungskürzungen, Inflation und schließlich über die Verschuldung auf sein Einkommen und Vermögen zu.

Die Staatsverschuldung zeigt, dass der Hunger des Staates auch durch Rekorderlöse nicht gestillt wird. Ende 2025 standen Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung mit rund 2,662 Billionen Euro in der Kreide – 31.887 Euro je Einwohner. Schon Ende März 2026 waren es 2,727 Billionen Euro. Für 2026 plante der Bund einschließlich Verteidigungsbereich und Sondervermögen rund 182 Milliarden Euro neue Kredite. Das sogenannte Sondervermögen ist dabei kein Vermögen. Es sind Schulden, die außerhalb des normalen Haushalts politisch leichter vermittelbar gemacht werden. Bezahlen müssen sie spätere Steuerzahler.

Die stille Enteignung

Besonders deutlich wird die Entwicklung dort, wo steigende Belastungen mit sinkenden Gegenleistungen zusammentreffen. Werden Leistungen der Krankenversicherung gekürzt oder Zuzahlungen erhöht, ist dies ökonomisch eine weitere Beitragserhöhung: Wir zahlen mehr und bekommen weniger.

Noch drastischer ist die Lage in der Pflege. Im ersten Jahr eines Heimaufenthalts müssen Pflegebedürftige inzwischen durchschnittlich 3.364 Euro im Monat aus eigener Tasche bezahlen. Eine Versicherung, deren Eigenanteil die Rente vieler Menschen weit übersteigt und das in einem Arbeitsleben aufgebaute Vermögen aufzehrt, verliert ihren eigentlichen Sinn. Juristisch ist das keine Enteignung. Wirtschaftlich kann es wie eine wirken. Das versicherte Risiko wird nur noch zu einem begrenzten Teil versichert, obwohl über Jahrzehnte Beiträge erhoben wurden.

Hinzu kommt die Inflation. Von 2019 bis 2025 stiegen die Verbraucherpreise um rund 22,5 Prozent. Inflation ist keine Steuer im rechtlichen Sinne. Sie wirkt aber wie eine lautlose Abgabe auf Bargeld, Sparguthaben und feste Einkommen. Der Bürger verliert Kaufkraft. Der Fiskus profitiert zunächst von höheren nominalen Bemessungsgrundlagen und davon, dass seine bestehenden Schulden real entwertet werden.

Die Rechnung wird damit auf drei Generationen verteilt: Die heute Erwerbstätigen zahlen hohe Steuern und Beiträge. Die Älteren erleben, dass ihre Ansprüche weniger wert sind als versprochen. Und die Jüngeren erben die Schulden.

Rekorderlöse, verfallende Kernaufgaben

Eine hohe Belastung wäre leichter hinzunehmen, wenn der Staat seine Kernaufgaben vorbildlich erfüllte. Doch Brücken werden gesperrt, Straßen zerfallen, die

Politik ist die Entscheidung über Prioritäten. Wer behauptet, für die Kernaufgaben fehle das Geld, während er für immer neue Großprojekte Kredite in dreistelliger Milliardenhöhe aufnimmt, trifft keine Sachentscheidung ohne Alternative. Er entscheidet sich bewusst für andere Prioritäten.

Bahn ist unzuverlässig, Schulen verfallen und die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems sinkt.

Der kommunale Investitionsrückstand erreichte 2026 den Rekordwert von 231,2 Milliarden Euro. Davon entfielen 68,9 Milliarden Euro auf Schulen und 53,7 Milliarden Euro auf Straßen. Beim IQB-Bildungstrend 2024 verfehlte etwa ein Drittel der Neuntklässler den Mindeststandard für den mittleren Schulabschluss in Mathematik.

Das ist der eigentliche Skandal: Der Staat verlangt seinen Bürgern immer höhere Lasten ab, erfüllt aber die Aufgaben, die seine Existenz rechtfertigen, immer schlechter. Recht und Sicherheit, funktionsfähige Infrastruktur, Bildung, Grenzschutz und die verlässliche Absicherung elementarer Lebensrisiken müssten Vorrang haben. Tatsächlich werden sie zunehmend zu Restgrößen eines Haushalts, der von immer neuen politischen Projekten in Anspruch genommen wird.

Das Geld ist nicht weg

Wo ist das ganze Geld geblieben? Es ist nicht verschwunden. Es ist in andere Taschen und in andere Prioritäten gewandert. Allein der Klima- und Transformationsfonds sieht 2026

Programmausgaben von 37,4 Milliarden Euro vor. Aus dem kreditfinanzierten Sondervermögen sollen ihm über die Jahre weitere 100 Milliarden Euro zufließen. Für die Ukraine hat die Bundesregierung seit Februar 2022 mehr als 43 Milliarden Euro zivile Hilfe geleistet und rund 58 Milliarden Euro militärische Unterstützung erbracht oder für kommende Jahre bereitgestellt. Das sind rund 100 Milliarden Euro insgesamt nur für die Ukraine. Für flüchtlingsbezogene Ausgaben waren allein im Bundeshaushalt 2025 rund 24 Milliarden Euro angesetzt – zusätzlich zu den Belastungen der Länder und Kommunen.

Man kann jede einzelne dieser Ausgaben politisch verteidigen. Aber jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Wer Milliarden in einen Transformationsfonds steckt, kann sie nicht zugleich für Schulen, Brücken, Polizei oder die Entlastung der Beitragszahler verwenden. Politik ist die Entscheidung über Prioritäten. Wer behauptet, für die Kernaufgaben fehle das Geld, während er für immer neue Großprojekte Kredite in dreistelliger Milliardenhöhe aufnimmt, trifft keine Sachentscheidung ohne Alternative. Er entscheidet sich bewusst für andere Prioritäten.

Der Satz, das Geld sei nicht weg, sondern nur in anderen Taschen, ist deshalb mehr als eine Pointe. Er beschreibt einen Umverteilungsprozess: weg vom verfügbaren Einkommen der Bürger, weg von gewachsenen staatlichen Kernaufgaben und hin zu politischen Transformationszielen, Förderstrukturen, Projektträgern und denjenigen, die von ihnen wirtschaftlich oder institutionell profitieren.

Führt ein „tiefer Staat“ Regie?

Weil sich ähnliche Entwicklungen in vielen westlichen Staaten beobachten lassen, liegt für manche die Vermutung nahe, im Hintergrund müsse ein „tiefer Staat“ agieren – ein geheimes Netzwerk aus Beamten, Politikern, Nachrichtendiensten und Investoren, das die offizielle



(Quelle: pexels/Chris F.)



Aus einer fehlerhaften Entscheidung wird spätestens dann ein politisches Projekt, wenn man trotz erwiesener Schäden an ihr festhält und zur Behebung dieser Schäden noch mehr Geld verlangt.

Politik steuert.

Der Begriff wurde in den 1990er Jahren vor allem durch die Verhältnisse in der Türkei bekannt. Dort bezeichnete er ein konspiratives Geflecht aus Teilen des Militärs, der Nachrichtendienste, der Politik und der organisierten Kriminalität. Für die Erklärung unserer Verhältnisse ist dieses Modell wenig hilfreich. Es unterstellt eine verborgene Zentrale, einen einheitlichen Plan und eine eindeutige Befehlsstruktur. Gerade das lässt sich regelmäßig nicht nachweisen – und es ist auch nicht erforderlich, um das Ergebnis zu erklären. Das eigentliche Problem ist kein allmächtiger Zirkel in einem Hinterzimmer. Es ist ein tief verankertes System gleichgerichteter Interessen. Dieses System kann politische Entscheidungen vorprägen, Alternativen ausgrenzen und Verantwortung verwischen, ohne dass alle Beteiligten voneinander wissen oder einem gemeinsamen Kommando folgen.

Die große Transformation ist kein Betriebsunfall

Wir erleben eine umfassende Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft, die ungeheure Summen kostet. Der Abbau der bisherigen Energieversorgung, die Schwächung industrieller Strukturen, die dauerhafte Finanzierung ungesteuerter Massenmigration und die ideologische

Umgestaltung gesellschaftlicher Institutionen werden häufig als Folgen von Inkompetenz dargestellt. Das greift zu kurz. Natürlich gibt es politische Fehler, Selbsttäuschung und handwerkliches Versagen. Aber eine Entwicklung, die über Jahre mit enormem politischen, finanziellen und administrativen Aufwand betrieben wird, ist nicht mehr bloß eine Pannenserie. Viele der beklagten Schäden sind vorhersehbare Folgen ausdrücklich gewollter Entscheidungen.

Die Produktion der energieintensiven Industrie lag 2025 fast 17 Prozent unter dem Stand von 2021. Wer funktionierende Kraftwerke abschaltet, Energie politisch verteuert, die daraus entstehenden Standortnachteile hinnimmt und anschließend mit Milliardensubventionen etwa „grünen Stahl“ finanzieren oder die Folgen der Verteuerung abmildern will, handelt nicht einfach ungeschickt. Er vollzieht ein politisches Projekt. Das gleiche gilt für eine Migrationspolitik, die trotz offensichtlicher Überforderung von Kommunen, Schulen, Wohnungsmarkt und Sozialsystemen im Kern fortgesetzt wird.

Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob sämtliche Folgen beabsichtigt waren. Entscheidend ist, dass sie bekannt sind und trotzdem in Kauf genommen werden. Aus einer fehlerhaften Entscheidung wird spätestens dann ein politisches Projekt, wenn man trotz erwiesener Schäden an ihr festhält und zur Behebung dieser Schäden noch mehr Geld verlangt.

Drei Gruppen, ein Ergebnis

Das Zusammenwirken lässt sich am besten durch drei Gruppen erklären, deren Motive verschieden sind, deren Interessen sich aber überschneiden.

Die Ideologen

Die erste Gruppe besteht aus Menschen, die mit großer moralischer Selbstgewissheit an ihre Weltanschauung glauben. Sie behandeln politische Programme nicht als überprüfbare Mittel zu einem

begrenzten Zweck, sondern als moralische Gebote. Aus Klimapolitik wird eine Heilslehre, aus Wokeness ein Katechismus und aus ungesteuerter Migration ein Gebot vermeintlicher Menschlichkeit. Wer widerspricht, gilt nicht als Gesprächspartner mit anderen Argumenten, sondern als moralisch minderwertig oder als gefährlich. Die Kosten eines Projekts und seine Nebenwirkungen verlieren dadurch an Bedeutung. Schäden gelten als hinnehmbar, weil das angeblich höhere Ziel jede Zumutung rechtfertigt. Der Ideologe muss nicht persönlich profitieren. Ihm genügt das Bewusstsein, moralisch überlegen zu sein oder auf der vermeintlich richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

Die Systemveränderer

Die zweite Gruppe will die freiheitliche Ordnung nicht nur politisch nutzen, sondern dauerhaft in eine autoritäre oder totalitäre Gesellschaft umformen. Helmut Schelsky beschrieb bereits 1971 die Strategie der „Systemüberwindung“ durch den langen Marsch durch die Institutionen. Eine freiheitliche Demokratie muss nicht in einem offenen Staatsstreich beseitigt werden. Man kann ihre Institutionen besetzen, ihren Zweck umdeuten und sie von innen für andere Ziele einsetzen. Dann schützt eine Behörde nicht mehr in erster Linie die Freiheit des Bürgers, sondern die Regierung vor dem Bürger. Dann vermittelt eine Schule Haltung statt Wissen. Dann kontrollieren Medien nicht mehr die Macht, sondern disziplinieren die Opposition. Dann fördern Ministerien Organisationen, die öffentlich genau jene Politik verlangen, von der ihre Finanzierung abhängt.

Auch sinnlose Ausgaben können in einem solchen System einen Zweck erfüllen. Sie schaffen Stellen, Abhängigkeiten, Berater, Projektträger und Förderempfänger. Ein erfolgloses Programm wird selten beendet. Sein Scheitern gilt als Beweis, dass es noch größer und teurer werden müsse. So wird die Selbsterhaltung

des Apparats wichtiger als sein Auftrag. Zugleich wächst die Zahl der Menschen und Organisationen, deren wirtschaftliche Existenz vom Fortbestand des Projekts abhängt.

Die Profiteure

und strategischen Gewinner

Die dritte Gruppe besteht aus denjenigen, die an den ideologischen Projekten verdienen oder daraus einen strategischen Vorteil ziehen. An jeder Subvention hängt ein Empfänger. An jedem Förderprogramm verdienen Projektträger, Berater, Verbände und Unternehmen. An teurer Energie verdienen diejenigen, die den subventionierten Ersatz liefern. An Massenmigration verdienen Betreiber, Dienstleister und Beratungsstrukturen. An einem langen Krieg verdienen Rüstungskonzerne und andere Akteure.

Daneben gibt es strategische Gewinner. Ausländische Wettbewerber haben wenig Anlass, eine Politik zu beklagen, die den deutschen Industriestandort schwächt, Unternehmen zur Produktionsverlagerung veranlasst und Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten ausschaltet. Wer Deutschland als globalen industriellen Akteur schwächt, schwächt zugleich die Europäische Union.

Ein Netzwerk ohne Zentralregie

Nicht jeder Ideologe ist Teil eines Plans. Nicht jeder Beamte ist ein Systemveränderer. Nicht jeder Unternehmer ist ein Verschwörer. Eine solche Pauschalisierung wäre falsch und würde die Analyse schwächen. Entscheidend ist die funktionale Verbindung der drei Gruppen.

Der Ideologe liefert die moralische Rechtfertigung. Der Systemveränderer schafft Regeln, Institutionen und dauerhafte Abhängigkeiten. Der Profiteur liefert Geld, Expertise und wirtschaftlichen Einfluss. Dazwischen bestehen Netzwerke aus Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, Behörden, Parteien, Universitäten, Medien, Beratungsunternehmen und Konzernen. Personal wechselt zwischen

diesen Bereichen. Studien legitimieren politische Programme, Fördermittel finanzieren die Studien und Unternehmen bieten anschließend die politisch vorgeschriebenen Lösungen an.

Vieles davon ist legal und öffentlich. Gerade deshalb ist es wirksamer als ein geheimer Zirkel. Es braucht keinen Befehl aus einer Zentrale, wenn Auswahlmechanismen, Karriereanreize, Förderbedingungen und gesellschaftlicher Konformitätsdruck dafür sorgen, dass an den entscheidenden Stellen immer wieder Menschen mit den gleichen Grundüberzeugungen sitzen.

Politiker werden daher nicht unbedingt ferngesteuert. Häufig wählen Parteien gerade diejenigen aus, die die erwünschten Überzeugungen bereits mitbringen. Wer abweicht, erlebt mediale Ächtung, innerparteiliche Isolation und institutionellen Druck. Wer sich anpasst, erhält Zustimmung, Ämter, Zugang und Reichweite. So entsteht Gleichrichtung ohne formellen Befehl.

Was sich ändern muss

Wer diese Entwicklung umkehren will, darf nicht jede Katastrophe als bloßes Versehen entschuldigen. Bei jedem großen politischen Projekt müssen fünf einfache Fragen gestellt werden: Wer hat es beschlossen? Wer bezahlt es? Wer profitiert davon? Welches messbare Ziel soll erreicht werden? Und was geschieht,

wenn dieses Ziel verfehlt wird?

Wir brauchen wieder Haushaltswahrheit statt euphemistisch benannter Sondervermögen, ehrliche Kosten-Nutzen-Prüfungen statt moralischer Etiketten, zeitliche Befristungen statt ewiger Förderprogramme und persönliche politische Verantwortung statt organisierter Verantwortungslosigkeit. Programme, die ihre Ziele verfehlen, müssen beendet werden können. Subventionen dürfen keine dauerhaften Geschäftsmodelle auf Kosten der Allgemeinheit schaffen. Vor allem muss der Staat zu seinen Kernaufgaben zurückkehren. Seine erste Pflicht besteht nicht darin, Wirtschaft und Gesellschaft nach ideologischen Leitbildern umzuerziehen. Sie besteht darin, Recht und Sicherheit zu gewährleisten, Grenzen zu schützen, Infrastruktur zu erhalten, Bildung zu ermöglichen und elementare Lebensrisiken verlässlich abzusichern.

Der Staat ist nicht unser Vormund. Er ist nicht Eigentümer unseres Einkommens und nicht Erzieher unserer Gesellschaft. Er ist der Treuhänder der Bürger. Wir müssen ihn wieder daran erinnern, wem er dient. Unser Geld ist nicht weg. Aber zu viel davon dient inzwischen anderen Interessen. Das zu erkennen ist der erste Schritt. Die politischen Prioritäten wieder im Interesse unseres Landes und seiner Bürger zu setzen und das Geld wieder zurückzuholen, sind der zweite und dritte.

Unser Geld ist nicht weg. Aber zu viel davon dient inzwischen anderen Interessen.



DR. HANS-GEORG MAASSEN

wurde am 24. November 1962 in Mönchengladbach geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Köln und Bonn und promovierte 1997 über die Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht. Von 1991 bis 2012 war er im Bundesministerium des Innern in den Bereichen Ausländer- und Asylrecht sowie innere Sicherheit tätig, zuletzt als Leiter des Stabes Terrorismusbekämpfung. Von 2012 bis 2018 amtierte er als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Zudem war er Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht an der Freien Universität Berlin. Seither ist er als Rechtsanwalt tätig und politischer Aktivist für Meinungsfreiheit und den Rechtsstaat. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Leonhard-Kreises für Meinungsfreiheit.